

Aus Bund und Ländern

Psychiatrie: Gesetzentwurf der SPD

BONN. Einen „Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgung psychisch Kranker“ hat die

SPD-Bundestagsfraktion vor der Presse in Bonn veröffentlicht und erläutert. Der als reines Leistungs- und Finanzierungsgesetz konzipierte Diskussionsentwurf beabsichtigt, Einrichtungen und Maßnahmen des Ende 1985 auslaufenden und auf fünf Jahre befristeten Modellprogramms der Bundesregierung finanziell dauerhaft abzusichern. Zu der Frage, inwieweit die Versorgung psychisch Kranker zusätzlicher struktureller Veränderungen bedarf, will sich die SPD nach Aussagen der SPD-Abgeordneten Jürgen Egert und Horst Jaunich erst in der kommenden Legislaturperiode äußern.

Nach dem SPD-Entwurf sollen Behandlungen in Tageskliniken unabhängig davon, ob – wie zur Zeit vorgeschrieben – der Patient zunächst stationär versorgt wurde, abgesichert werden. Behandlung mit Unterbringung in Übergangseinrichtungen und Maßnahmen der beruflichen Rehabilitation sollen in den Leistungskatalog der Sozialversicherung und des Versorgungsrechts aufgenommen werden. Ebenfalls finanziell besser abgesichert werden sollen die sozialpsychiatrische Krankenpflege zu Hause und die Gewährung ergänzender Haushaltshilfe. Die Versicherungsträger sollen verpflichtet werden, Bestimmungen über die Finanzierung und Gewährung ergänzender Haushaltshilfen in ihre Satzungen aufzunehmen. Institutsverträge nach § 368 n Absatz 6 der RVO

sollen künftig nicht nur mit psychiatrischen Krankenhäusern, sondern auch mit gesondert anerkannten selbständigen, unter fachärztlicher Leitung stehenden psychiatrischen Einrichtungen und fachärztlich geleiteten Diensten abzuschließen sein.

Die Kosten dafür werden seitens der SPD-Fraktion auf ca. 200 und 500 Millionen DM pro Jahr geschätzt. Dem stünden jedoch Entlastungen bei der Sozialhilfe gegenüber. Da das Gesetz nicht vor April 1986 in Kraft treten könnte, will die SPD bei den Etatberatungen für 1986 beantragen, die Maßnahmen weiter zu fördern. EB

Ausland

Beunruhigung über Transplantate für Ausländer

WASHINGTON. Teile der amerikanischen Öffentlichkeit sind beunruhigt darüber, daß so viele Organverpflanzungen in den USA Ausländern zugute kommen. In Kalifornien werden Organspenderausweise bereits mit dem Zusatz „nur für Einheimische“ versehen. Die Gesellschaft der Transplantationschirurgen hat die 39 Transplantationszentren aufgefordert, in den Wartelisten Ausländer besonders zu kennzeichnen. Viele Ärzte sind aber aus ethischen Gründen gegen eine solche Kennzeichnung. Im Jahr 1982 waren 10 Prozent aller Empfänger einer Spenderniere Ausländer. In Washington waren es 26 Prozent, während gerade dort eine besonders lange Warteliste für Spendernieren besteht.

In Washington mögen sich Abkommen mit ausländischen Staaten über Organverpflanzungen für Ausländer in der Statistik auswir-



Der Bundshaushalt '86 weist ein Ausgabenvolumen von 263,9 Milliarden DM aus. Zwar ist der veranschlagte Anstieg der Ausgaben mit + 1,8 Prozent gegenüber dem Ausgabensoll von 1985 verhältnismäßig niedrig; aber die Einnahmen stiegen auch nur um zwei Prozent, weil insbesondere die für die in zwei Etappen für die Jahre 1986 und 1988 beschlossene Steuerreform und die zusätzlichen Abführungen aus dem Umsatzsteueraufkommen an die EG und an die Bundesländer den Anstieg der Beitragseinnahmen bremsten. Das Defizit, das durch Kredite gedeckt werden muß, bleibt deshalb 1986 mit knapp 25 Milliarden DM fast genau so hoch wie 1985 Globus/EB

ken. Andererseits wird aber auch darauf hingewiesen, daß nach solchen Abkommen die Arztgebühr für eine Nierentransplantation etwa 6000 Dollar beträgt; die staatliche Versicherung Medicare für ältere Amerikaner zahlt für eine Nierentransplantation lediglich 3800 Dollar. gb

Anpassung an die Lohnentwicklung bis zum Jahr 1990

BERN. Das Konkordat der schweizerischen Krankenkassen hat sich zum Ziel gesetzt, die Ausgaben für die gesundheitliche Versorgung bis zum Jahre 1990 auf das Niveau der Lohnentwicklung zu senken. 1984 ist es gelungen, die Steigerungsrate von 8,7 auf 6 Prozent zu drücken. Das war allerdings immer noch doppelt so viel wie die durchschnittliche Lohnerhöhung um 3 Prozent. Die starke Zunahme

der Zahl der Ärzte und technische Neuerungen in der Medizin würden auch künftig zu weiteren Kostenschüben führen. EB

Leprahilfe ist in 91 Ländern aktiv

LUXEMBURG. Rund 1,25 Millionen Leprakranke in 91 Ländern werden in diesem Jahr von den 27 Mitgliedern der Internationalen Vereinigung der Leprahilfswerke (ILEP) erreicht. Das Gesamtbudget für knapp 900 Projekte der 23 Voll- und vier assoziierten Mitglieder beläuft sich auf 35,4 Millionen US-Dollar. Seit einigen Monaten helfen das Deutsche Aussätzigen-Hilfswerk (DAHW) und sein französischer Partner hungrigen Leprakranken und Mitarbeitern der Leprahilfswerke in Westafrika. Weitere ILEP-Partner werden sich anschließen, um die Hungerhilfe auf andere Länder der Sahel-Zone auszuweiten. jv